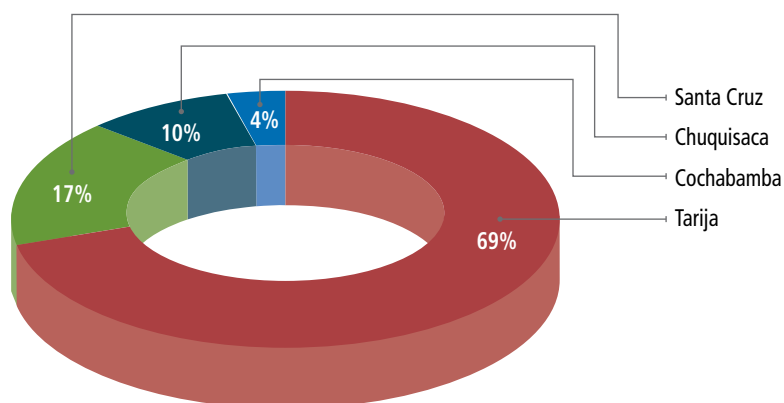


Armut trotz unermesslicher Gasvorkommen

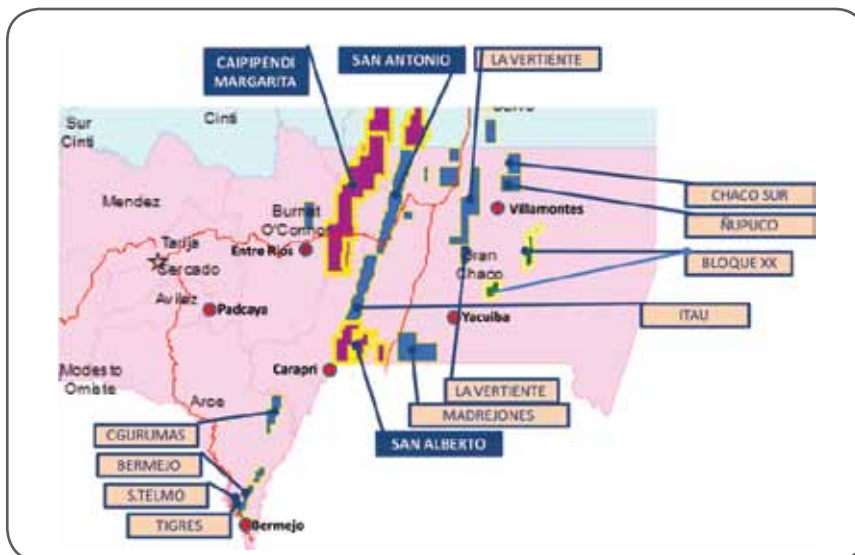


Tarija ist das Hauptfördergebiet fossiler Brennstoffe (Erdöl, Erdgas) in Bolivien. Dennoch weisen noch immer sechs Munizipien oder Landkreise im Departement Tarija, in denen sich zudem die größten Erdgasförderanlagen des Landes befinden nach dem Index der unbefriedigten Grundbedürfnisse erhöhte Armutsraten auf. Immerhin 69% der nationalen Produktion werden allein in dieser Region gefördert, auch wenn die Ausbeute einzelner Lagerstätten, wie im Fall der Anlage von San Alberto, infolge der abnehmenden Reserven rückläufig ist. Den größten Anteil an der Produktion von Erdgas haben die Anlagen Margarita an der Grenze zwischen Tarija und Chuquisaca sowie Sábalo und San Alberto im Departement Tarija mit 70% der nationalen Produktion, welche sich in Tarija in den Munizipien Entre Ríos, Bermejo, Caraparí, Yacuiba und Villamontes befinden. Doch die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Einnahmen der Landkreise spiegeln sich kaum in den sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren wider.

Nationale Produktion fossiler Brennstoffe nach Departements 2014



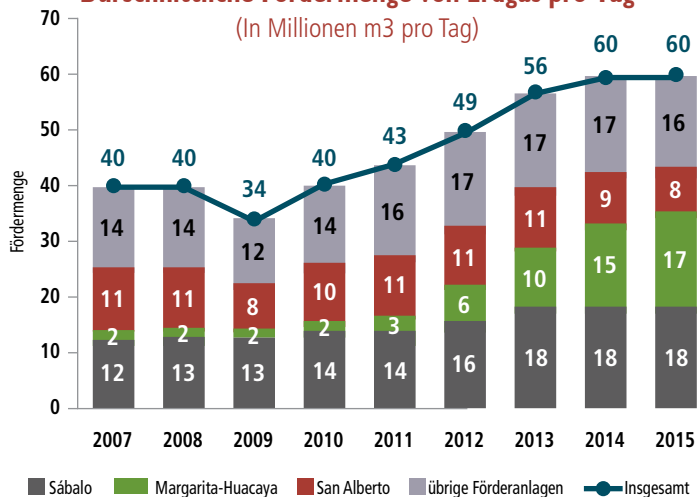
Lage der Hauptlagerstätten im Departement Tarija



FUENTE: Fundación Jubileo, Sistema de Información Geográfica en Hidrocarburos

Im Oktober 2006, ein halbes Jahr nachdem das Dekret zur „Nationalisierung der fossilen Brennstoffe“ (No 28701) verabschiedet wurde, haben die in Bolivien operierenden Unternehmen der Branche 44 Verträge über Exploration und Abbau fossiler Brennstoffe unterzeichnet. Im Rahmen dieser Verträge hat sich die durchschnittliche Fördermenge an Erdgas von 39 Mio. m³ pro Tag im Jahr 2007 auf 60 Mio. m³ pro Tag im Jahr 2014 erhöht. Das geförderte Erdgas macht derzeit ca. 85% der nationalen Extraktion an fossilen Brennstoffen aus, welches wiederum mit 84% größtenteils für den Export, hauptsächlich nach Brasilien und Argentinien, bestimmt ist, da diese einen Preis zahlen, der bedeutend höher liegt als der subventionierte Preis auf dem Binnenmarkt.

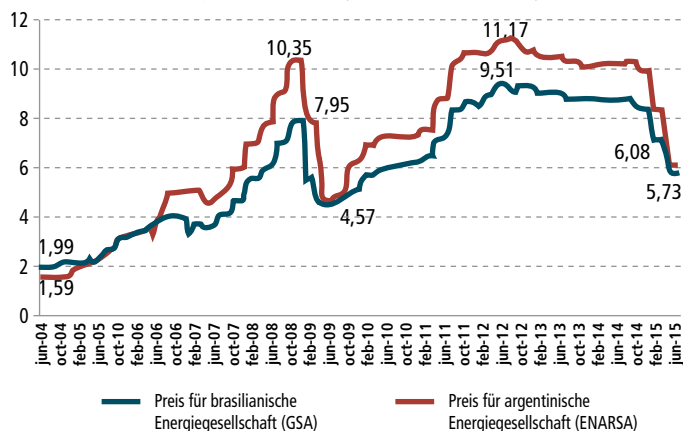
Durchschnittliche Fördermenge von Erdgas pro Tag (In Millionen m³ pro Tag)



FUENTE: Boletines Estadísticos de YPFB

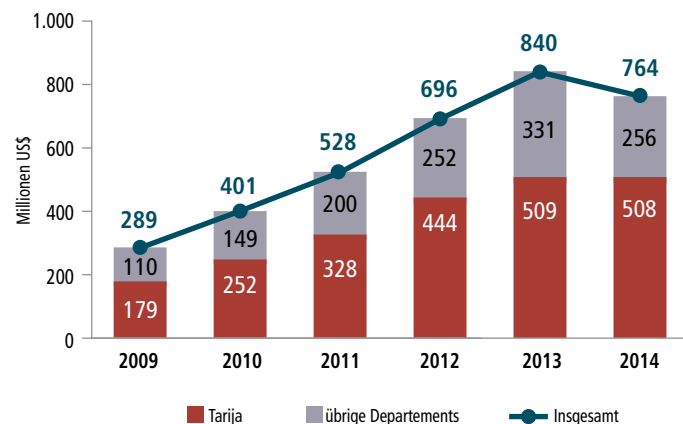
Bolivien hat infolge der steigenden Rohstoffpreise zwischen 2004-2014 vom Erdgasexport beträchtlich profitiert, doch seit 2015 fallen die Preise, was sich negativ auf den Staatshaushalt auswirkt. Der Anstieg der Weltmarktpreise sowie die erhöhte nationale Produktion haben sich sowohl in den höheren Einnahmen auf nationaler Ebene als auch auf Ebene der Departements und Munizipien niedergeschlagen. Am meisten haben jedoch die erdöl- und erdgasproduzierenden Departements, insbesondere Tarija, profitiert. Im Jahr 2014 betragen die Ausschüttungen an die übrigen acht bolivianischen Departements gerade einmal die Hälfte der Erträge von Tarija. Gleichzeitig ist die Umverteilung der Einnahmen der Erdöl- und Erdgasexporte in diesem Departement am fortschrittlichsten: Die Provinz Gran Chaco erhält alleine 45% der Ausschüttungen Tarijas.

Verhalten des Exportpreises bolivianischen Erdgas Dollar je Million BTU (British Thermal Unit)



FUENTE: Boletines Estadísticos de YPFB

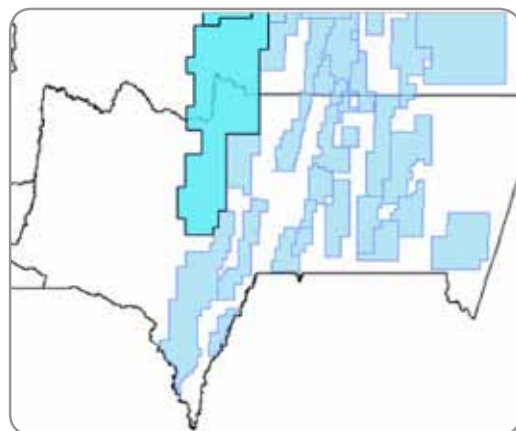
Ausschüttungen an die Departements (In Millionen US-Dollar)



FUENTE: Ministerio de Hidrocarburos y Energía

Zudem wurden im Rahmen des Gesetzes über fossile Brennstoffe (No 3058) im ganzen Land Lagerstätten für Exploration und Abbau von Erdgas und Erdöl zugunsten des staatlichen Unternehmens YPFB reserviert. Diesen Lagerstätten wurde mit dem Dekret No 2549 vom Oktober 2015 eine weitere hinzugefügt, wodurch die staatliche Ölgesellschaft derzeit über 99 Lagerstätten zur Exploration und Abbau verfügt, von denen sich allein 20 im Departement Tarija befinden.

Lage der für Exploration und Abbau fossiler Brennstoffe reservierten Lagerstätte in Tarija

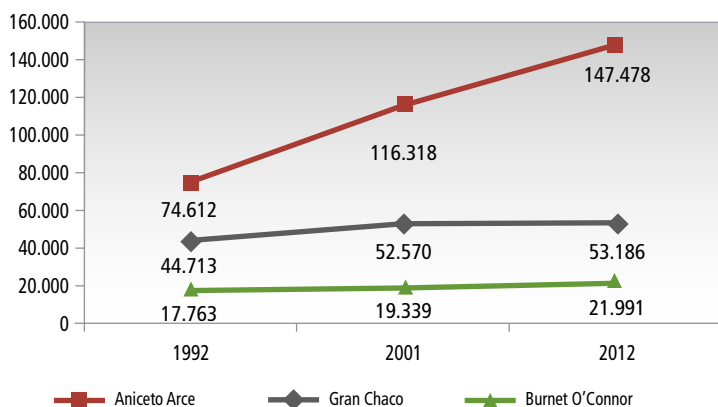


Soziale Indikatoren in Tarija



Tarija besteht aus elf Munizipien, die sich über sechs Provinzen verteilen (Gran Chaco, Burnet O'Connor, Eustaquio Méndez, Cercado, José Marya Aviléz und Aniceto Arce). Die Hauptförderanlagen von Erdgas befinden sich in den Provinzen Aniceto Arce, Gran Chaco und Burnet O'Connor, genauer in den Munizipien von Padcaya, Bermejo, Yacuiba, Caraparí, Villamontes und Entre Ríos. Nach der Volkszählung 2012 wohnen 483.518 Personen im Departement Tarija, von denen ca. 46% in diesen sechs Landkreisen leben. Die drei Provinzen registrierten zwischen 2001-2012 ein absolutes Bevölkerungswachstum von 34.428 Personen. Das einzige Munizip, welches in demselben Zeitraum ein negatives Wachstum in der Bevölkerung von jährlich -3% verzeichnet, ist Padcaya. Demgegenüber weisen die Munizipien von Caraparí und Villamontes mit jeweils 67% und 70% das stärkste Wachstum auf, welches zudem noch höher liegt als in den 90er Jahren. Zudem ist Caraparí nicht länger ein rein ländlicher Landkreis, da im Jahr 2012 ungefähr 23% der Bevölkerung in urbanen Gebieten lebten.

Tarija: Bevölkerung der Provinzen A. Arce, Gran Chaco und B. O'Connor nach Jahren



FUENTE: Elaboración propia con datos INE

Tarija: Gesamtbevölkerung in Provinzen und Munizipien laut Volkszählungen von 1992, 2001 und 2012

Provinz / Munizip	1992	2001	2012	Bevölkerungswachstum	
				1992-2001	2001-2012
Padcaya	17.341	19.260	18.681	1,13	-3,0
Bermejo	27.372	33.310	34.505	2,12	3,3
Yacuiba	47.228	83.518	92.245	6,16	10,2
Caraparí	7.816	9.035	15.366	1,57	70,1
Villamontes	19.568	23.765	39.867	2,10	67,5
Entre Ríos	17.763	19.339	21.991	0,92	10,5

FUENTE: Elaboración propia con datos INE

Armut in den erdgasproduzierenden Munizipien Tarijas

Im Jahr 2012 lebten 84.281 Tarijeños gemessen an den unbefriedigten Grundbedürfnissen in Armut, d.h. 35% der Bevölkerung hatte keinen Zugang zu Mindeststandards in Bezug auf Wohnen, die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung von Abwasser, Elektrizität, Ressourcen zum Kochen, Bildungseinrichtungen oder medizinische Versorgung. Von den sechs erdgas- und erdölproduzierenden Munizipien registrierten vier einen Armutsanteil, der über dem regionalen Durchschnitt liegt: Entre Ríos 61%, Padcaya 59%, Villamontes 43% und Caraparí 43%. Allein die Landkreise Yacuiba mit 34% und Bermejo 30% haben weniger Arme als im regionalen Durchschnitt.

Im Zeitraum 2011-2012 hat der Anteil der Armen am stärksten in den Munizipien Caraparí (43 Prozentpunkte), Entre Ríos (30 Prozentpunkte) und Padcaya (29 Prozentpunkte) abgenommen. Wesentlich geringer hat sich der Armutsanteil in den Munizipien Yacuiba und Bermejo (jeweils 14 Prozentpunkte) sowie Villamontes (12 Prozentpunkte) verringert, wobei besonders darauf hinzuweisen ist, dass in Villamontes die absolute Zahl der Armen sogar um 4000 Personen angestiegen ist.

Tarija: Armutsanteil der Bevölkerung nach dem Index der unbefriedigten Grundbedürfnisse in den Munizipien der Provinzen A. Arce Gran Chaco y B. O'Connor

Provinz / Munizip	2001 (in %)	2012 (in %)	2001 Bevölkerung	2012 Bevölkerung
Prov. Aniceto Arce	60,4	40,0	28.424	20.307
Padcaya	88,1	59,0	15.922	10.616
Bermejo	43,2	29,6	12.502	9.691
Prov. Gran Chaco	52,9	37,7	58.083	51.805
Yacuiba	48,7	34,4	38.632	29.878
Caraparí	86,7	43,2	7.314	5.688
Villamontes	55,0	43,4	12.137	16.239
Prov. Burnet O'Connor	90,6	60,8	16.037	12.169
Entre Ríos	90,6	60,8	16.037	12.169

FUENTE: Elaboración propia con datos INE

Unbefriedigte Grundbedürfnisse

Die öffentlichen Investitionen in den erdöl- und erdgasproduzierenden Munizipien sollten insbesondere die Wohnbedingungen, den Anschluss an Wasser- und Abwassersysteme sowie die Versorgung mit Elektrizitäts- und Gasanschlüssen verbessern und den Zugang zu Bildungs- und medizinischen Einrichtungen sicherstellen.

Nichtsdestotrotz lebt 34% der Bevölkerung in Padcaya in Wohnhäusern, deren Wände, Decken und Böden mit ungeeigneten Materialien konstruiert wurden, während ein mindestens genauso hoher Prozentsatz in den Munizipien Yacuiba, Caraparí, Entre Ríos und Villamontes in ungeeigneten Wohnverhältnissen lebt. Die Landkreise Bermejo, Entre Ríos, Caraparí, Yacuiba und Villamontes weisen mit einem Prozentsatz von 66% – höher als der regionale Durchschnitt – ebenfalls eine mangelnde Sicherstellung von Grundbedürfnissen in Bezug auf die Anzahl der Wohnräume auf, wobei sich dieser Indikator sowohl auf ein eigenes Zimmer pro Person als auch auf einen abgeschlossenen Raum zum Kochen beziehen kann.

Zudem lebt in den Landkreisen Padcaya, Entre Ríos und Villamontes ein im Vergleich zum regionalen Durchschnitt von 29% höherer Prozentanteil der Bevölkerung ohne Zugang zu sanitären Diensten oder Trinkwasseranschluss.

Die Schulung, gemessen in abgeschlossenen Schuljahren, liegt in den Munizipien Yacuiba, Bermejo, Caraparí, Entre Ríos und Padcaya unter dem Durchschnitt von 51% der Bevölkerung.

Hinsichtlich des Zugangs der Bevölkerung zu elektrischer Energie und Brennstoffen zum Kochen, weisen die Munizipien Villamontes, Caraparí, Entre Ríos und Padcaya Schwierigkeiten bei der Sicherstellung der entsprechenden Versorgung auf.

Betrachtet man die Indikatoren und Graphiken, lässt sich insbesondere für die Landkreise Caraparí und Entre Ríos eine Reduzierung der armen Bevölkerung um fast die Hälfte feststellen. Dennoch haben sich die Lebensbedingungen in den erdöl- und erdgasfördernden Munizipien nicht entsprechend der Erwartungen an die massive Ausbeutung der fossilen Brennstoffe verbessert.

Ressourcen für die Entwicklung

Sowohl die neue Verfassung als auch das Gesetz über fossile Brennstoffe bezeichnet diese als strategische Ressourcen, die der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Staates dienen sollen. Dementsprechend verfügt die Verfassung, dass die fossilen Brennstoffe einen nationalen, strategischen Charakter haben, sodass die Politiken für ihre Förderung von der Zentralregierung beschlossen werden. Demgegenüber verfügen die regionalen Regierungen erdöl- und erdgasproduzierender Departements durch die finanziellen Ressourcen des „regionalen Zuschlags“ und der Direktsteuer auf fossile Brennstoffe (IDH) weitgehend über autonome Entscheidungskompetenzen, wie sie diese Ressourcen verteilen und wofür sie verwendet werden, auch wenn die sozial und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung der Region priorisiert werden sollte.

Gleichzeitig könnte die Förderung von Erdgas und Erdöl jenseits dieser immensen Finanzmittel eine positive wirtschaftliche Entwicklung erlauben, wenn zusätzliche Güter und Dienstleistungen für die Region aus diesen Erträgen bereitgestellt würden. Dies erfordert sowohl von dem

privaten Sektor als auch von den regionalen Regierungen das Einhalten entsprechender Verpflichtungen, die es ermöglichen, die regionale Ökonomie mit dem Sektor der fossilen Brennstoffe zu verketten.

Hierbei spielen ebenfalls die Politiken der Corporate Social Responsibility, die unter Mitwirkung der indigenen Gemeinden vor Ort definiert wurden, zur Förderung einer sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung der Region eine bedeutende Rolle. Um diese mit den nationalen und departementalen Entwicklungsplänen abzustimmen, bedarf es einer Koordination der Aktivitäten zwischen YPFB, Öl- und Erdgasgesellschaften sowie den regionalen Regierungen.

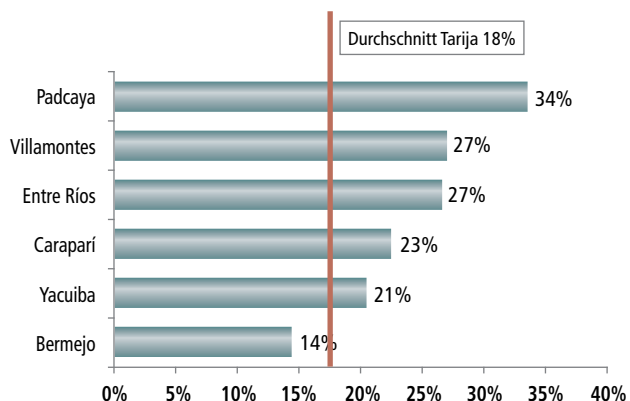
Die Region hat in der Armutsreduzierung eine ähnliche Entwicklung wie auf nationaler Ebene verzeichnet. Nichtsdestotrotz liegen die sozioökonomischen Armutsindikatoren noch immer über dem departementalen Durchschnitt, sodass der Beitrag der fossilen Brennstoffe nicht den erhofften Effekt hatte. Zudem sind die Erträge der Branche seit dem letzten Jahr durch die fallenden Rohstoffpreise zurückgegangen, wodurch eine intensivere Bekämpfung der Armut schwierig erscheint.

Gerade deshalb ist es wichtig, die durch den Erdgassektor generierten Mittel besonders effizient einzusetzen. Zum Beispiel ist die Armutsreduzierung stark abhängig von der Umsetzung öffentlicher Politiken auf nationaler und regionaler Ebene. Die direkten Transferenzen über die verschiedenen Bonuszahlungen werden – angesichts der rückläufigen Mittel – allerdings ihren Umverteilungseffekt verlieren. Ein Ausrichtung der öffentlichen Mittel auf produktive Aktivitäten könnte hingegen eine Befriedigung der Grundbedürfnisse fördern, sofern gleichzeitig der private Sektor seinen Verpflichtungen nachkommt und sich die verschiedenen Regierungsebenen aktiv an einer Diversifizierung der Wirtschaft beteiligen und somit die negativen Effekte durch eine falsche Umverteilung von Einnahmen sowie der „holländischen Krankheit“¹ verhindert werden.

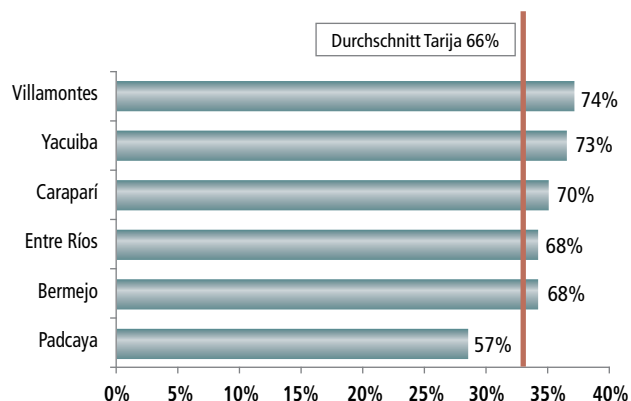
1 Die „holländische Krankheit“ ist ein makroökonomisches Phänomen, welches zum ersten Mal in den 60er Jahren infolge der massiven Steigerung von Deviseneinnahmen in Holland nach der Entdeckung von Erdgaslagerstätten in Slochteren in der Nähe zur Nordsee entdeckt wurden. Die „holländische Krankheit“ charakterisiert sich insbesondere dadurch, i) dass der im Wachstum begriffene Sektor (der extraktiv sein kann oder nicht) hohe Einnahmen generiert, wodurch mehr Arbeiter aus anderen Wirtschaftssektoren angezogen werden; ii) dass sich die Lebenshaltungskosten durch die Steigerung der Lohnkosten in dem entsprechenden Sektor signifikant erhöhen; iii) und dass die Erhöhung der Preise einen deutlichen realen Aufwertungseffekt der nationalen Währung induziert, wodurch andere Sektoren der Wirtschaft geschädigt werden und einer Erholung der Wirtschaft, für den Fall, dass der im Wachstum begriffene Sektor in eine Krise eintritt, massiv entgegenwirken.



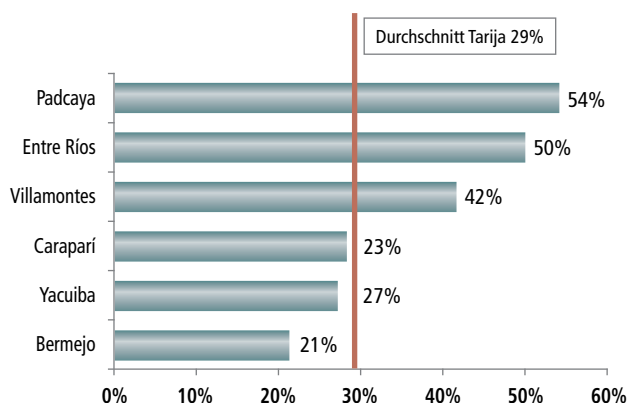
Bevölkerungsanteil in Wohnhäusern mit ungeeigneten Materialien (2012)



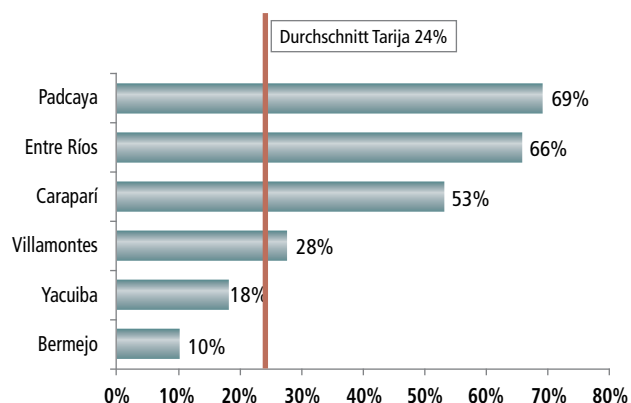
Bevölkerungsanteil ohne ausreichende Anzahl von Wohnräumen (2012)



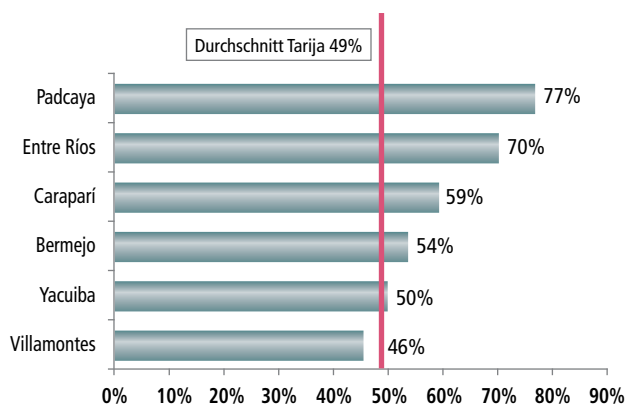
Bevölkerungsanteil ohne ausreichenden Zugang zu sanitären Diensten und Trinkwasseranschluss (2012)



Bevölkerungsanteil ohne ausreichenden Zugang zu Brennstoffen (2012)



Bevölkerungsanteil ohne ausreichenden Zugang zu Bildung (2012)



Bevölkerungsanteil ohne ausreichenden Zugang zu medizinischer Versorgung (2012)

